

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur.

47. Woche für die Zeit vom 18. bis 24. November 1893.

Posen, 27. November 1893.

Aus der Provinz Posen.

Aus Nr. 264 des Dziennik Poznański
vom 18. November 1893:

Die Betheiligung der Beamten am politischen Leben.

Die deutschen Blätter brachten vor Kurzem die Nachricht von einem interessanten Fall, welcher ein grelles Licht auf die Frage der Beamtenbetheiligung am politischen Leben wirft. Ein Gymnasial-Oberlehrer Dr. Schniermann in Hannover unterschrieb bekanntlich bei Gelegenheit der letzten Reichstagswahlen einen antisemitischen Aufruf, in welchem Worte, wie: jüdische Gewissenlosigkeit, jüdische Durchtriebenheit u. s. w. vorkamen. Das Provinzial-Schulkollegium empfahl, nachdem es von diesem Vorfall Kenntniß erhalten hatte, Herrn p. Schniermann, sich in Zukunft auf Grund § 2 des Disziplinar-Gesetzes jeglicher Kundgebungen, welche mindestens seine Schüler oder deren Eltern, die einem anderen Glaubensbekenntnisse angehörten, beleidigten, und die Achtung und das Vertrauen der Schulkinder zu den Vorgesetzten herabsetzen, zu enthalten. Der Herr Minister Boffe hob jedoch die Verfügung des Provinzial-Schulkollegiums auf, indem er in dem Verhalten des Dr. Schniermann eine Uebertretung nicht zu erblicken vermochte und im vorliegenden Falle die Berufung auf § 2 des Disziplinar-Gesetzes für nicht zutreffend erachtete. Die Entscheidung des Herrn Kultusministers könnte vielleicht berechtigt sein, wenn sie sich auch auf andere Parteien und Richtungen erstrecken würde und nicht nur die Konservativen und Antisemiten die Bevorzugten wären. Bisher waren leider die Gerechtigkeit und Duldung seitens der Regierung äußerst problematisch, namentlich können wir Polen interessante Thatsachen zur Beleuchtung deutscher Unparteilichkeit anführen. Die Regierung läßt es die Unterbeamten oftmals sehr bitter empfinden, wenn sie sich erdreisten sollten, im Geiste unpatentirter Grundsätze auch nur die geringste agitatorische Thätigkeit zu entwickeln; am merkwürdigsten ist jedoch der Umstand, daß wenn ein Arbeitgeber einem Arbeiter seine eigene politische Ueberzeugung aufdrängt, sich rings herum ein großes Geschrei erhebt, — der Regierung gegenüber dagegen die öffentliche Kritik entweder ganz schweigt, oder mit einer staunenswerthen Reserve und Rücksichtnahme auftritt. Eine Kritik ist jedoch in dieser Beziehung durchaus nöthig, denn sie allein ist im Stande, dem die bürgerliche politische Freiheit lahm legenden System einen Damm entgegen zu setzen. Zur Charakterisirung dieses Systems wollen wir hier einige Fälle anführen, welche im Laufe der letzten Monate sich ereignet haben; zc.

Das Blatt wiederholt nach der „Köln.-Volks-Ztg.“ die Nachricht von der Entlassung des Militärgeistlichen Hein in Grottkau, welcher wegen der Agitation gegen p. Schalscha bei Gelegenheit der letzten Reichstagswahlen seine Entlassung erhalten hat; ferner von dem Kreis-Schulinspektor in der Gegend von Stuttgart, welcher einem seiner unterstellten Lehrer befohlen hat,

sich der Agitation für den Freisinnigen zu enthalten, weil „eine demokratische Agitation deutschen Lehrern nicht gestattet sei,“ u. s. w. Zum Schluß führt der „Dziennik“ ein diesbezügliches Zwiegespräch zwischen einem polnischen Redakteur und einem Volksschullehrer an. Dasselbe lautet folgendermaßen:

Redakteur: Die Leute beklagen sich darüber, daß Sie bei den Landtagswahlen nicht mitgestimmt haben und Wahlzettel für einen polnischen Kandidaten nicht vertheilen wollten.

Lehrer: Wenn ich allein auf der Welt dastände, würde ich mich um die Folgen der Stimmenabgabe im nationalen Sinne nicht kümmern. Ich habe jedoch Frau und Kinder. Ich habe Angst vor Verfolgungen.

Redakteur: Die Angst hat große Augen. Sie sind ein alter und verdienstvoller Lehrer, Sie erfüllen gewissenhaft Ihre Pflichten, Ihre Angst ist daher unbegründet. Uebrigens haben die Versetzungen nach dem Rhein aufgehört und das Bismarck'sche System der Knute ist gelinder geworden.

Lehrer: Glauben Sie mir, dieser neue Kurs, welcher vielleicht irgendwo in den höheren Beamtenkreisen sein Wesen treibt, macht sich bei uns in der Praxis wenig fühlbar. Hier ist der unumschränkte Herr der Schulinspektor und jeder Inspektor ist ein kleiner Bismarck. Es ist ja möglich, daß man mich, im Falle ich für einen Polen stimmen sollte, nicht nach dem Rhein versetzt, doch an eine Gehaltsaufbesserung und Remuneration darf ich dann nicht einmal denken. Uebrigens kann es sehr leicht kommen, daß man mich von dieser Stelle fortnimmt und nach einem kleinen Dorf versetzt, in welchem die geringeren Einnahmen zur Ernährung der zahlreichen Familie nicht ausreichen.

Redakteur: Sie übertreiben, mein lieber Professor die Regierung wird nicht ihre Parteilichkeit so grell zu manifestiren und gegen die verfassungsmäßig bestätigte politische Freiheit so offen zu protestiren wagen.

Lehrer: O! mein Herr, Sie kennen diese Herren nicht. Dieselben werden ja nicht sagen, daß sie mich wegen meines polnischen Patriotismus der Stelle entheben, doch das Sprichwort sagt, wer einen Hund prügeln will, der findet auch einen Knüttel. Ich bin ein gewissenhafter Lehrer und kenne mein Fach von Grund aus, doch wenn ich auch die Schule wie ein Engel führen würde, so wird der Herr Inspektor bestimmt erklären, daß ich vollständig unfähig sei. Er wird die erste beste Gelegenheit benutzen, dieselbe in seinen Berichten bis zu einem Ver-

gehen aufzubauschen und der arme Lehrer macht dann eine Reise in irgend ein unheimliches Loch, wo er seine Kinder weder ausbilden noch ernähren kann. Ich bin daher vorsichtig und ziehe mich aus Rücksicht für meine Familie vom politischen Leben zurück.

In dieser Weise sprach der arme Volksschullehrer und der polnische Redakteur hatte nicht mehr den Muth, ihm zur Theilnahme am politischen Leben zuzureden. Schöne Zustände! Schöne verfassungsmäßige Freiheit im deutschen Staate! — Der Regierungspräsident von Bromberg, Herr v. Tiedemann, agitirt in Wahlanglegenheiten, nur der polnische Lehrer darf nach seinem Gewissen nicht einmal seine Stimme abgeben.

Anlässlich des Dr. Schniermann'schen Falles bemerkt der „Dziennik Poznański“ in einem Korrespondenzartikel aus der Neugegend Folgendes:

„Auf den Widerspruch jenes Lehrers, welchen derselbe bei dem Kultusministerium erhoben hatte, erklärt sich zwar Herr Minister Boffe mit der Anwendung des obigen Paragraphen in vorliegendem Falle nicht einverstanden, im Prinzip jedoch bestätigt er in seinem Antwortschreiben vom 18. Oktober d. J. die Verfügung des Provinzial-Schulkollegiums in Hannover, mit der Begründung, daß „die allgemeinen Rebewendungen in dem Wahlaufzuge, wie jüdische Gewissenlosigkeit und Durchtriebenheit, geeignet sind dazu beizutragen, daß die jüdischen, ihre Kinder in die Schule schickenden Eltern das Vertrauen zu der Unparteilichkeit und Gerechtigkeit des unterzeichneten Lehrers verlieren können.“

Wir sind mit der Entscheidung des Provinzial-Schulkollegiums in Hannover, sowie derjenigen des Herrn Ministers Boffe einverstanden.

Nichts schmerzt und reizt so sehr, als wenn man der Religion oder Nationalität Anderer zu nahe tritt. Es müßten demnach Beamte, welche für Einwohner verschiedener Glaubensbekenntnisse und Nationalitäten da sind und aus deren Mitte ihren Unterhalt haben, gemäß obigen Anordnungen sich nicht nur jeglicher Agitation, sondern sogar der geringsten Rundgebungen zum Nachtheil der einen oder der anderen Nationalität oder Religion enthalten. Was geschieht indeß bei uns? Wie herausfordernd wird nicht gerade in Lehrerkreisen gegen die Religion und Nationalität unserer Kinder verfahren? Und an der Spitze aller antipolnischen Komitees stehen da nicht meistens Beamte? Wenn der Herr Minister Boffe und die ihm unterstellten Regierungskreise sich in so hochherziger Weise der Juden annehmen und den Beamten an der antisemitischen Agitation Theil zu nehmen verbieten, so wollen wir hoffen, daß dieselbe Regierung auch uns vor den Verfolgern unseres Glaubens und unserer Nationalität in Schutz nehmen, namentlich aber den Lehrern an jeglichen antipolnischen Agitationen und Manifestationen Theil zu nehmen untersagen wird. *Suum cuique!*“

Aus Nr. 264 des Dziennik Poznański
vom 18. November 1893:

Lehrer Drescher.

Kions, den 16. November.

Die geehrten Leser werden sich unserer Korrespondenz aus Kions in Betreff des Lehrers Stasiński, welcher fünf und einen halben Monat unschuldig im Gefängniß gesessen hat, erinnern. Wie einerseits der Verlauf der gerichtlichen Verhandlungen die vollständige Unschuld des Beklagten erwies, so zeigte er uns andererseits den Charakter und die Führung des Hauptlehrers Drescher, welcher merkwürdiger Weise in dem Prozesse Hauptbelastungszeuge war. Es genügt zu erwähnen, daß die sittliche Führung dieses Herrn sich

in einem ziemlich negativen Lichte zeigte, so daß jetzt selbst Schulkinder sich von den Streichen ihres Lehrers, die sie aus dem Munde der Zeugen hörten, erzählen. Wie sehr nachtheilig dies auf das junge Geschlecht einwirkt, zeigt sich jetzt schon, denn die Schüler der I. Klasse versagen den Lehrern die Achtung und sie verbünden sich geradezu gegen dieselben. Welch schönes Material bilden diese Kinder für die Sozialisten, welche sich gerade damit brüsten, daß sie jede weltliche und geistliche Autorität geringschätzen! Die um das Wohl ihrer Kinder besorgten Eltern nehmen sie aus der I. Klasse heraus und schicken sie in andere, ja sogar in jüdische Schulen. — Die Schulbehörde beeilt sich nicht, diesen traurigen Schulverhältnissen Abhilfe zu schaffen, denn der vor fünf Wochen in dem Prozesse kompromittirte Hauptlehrer hat auch fernerhin die Leitung der hiesigen Schule beibehalten. Soll denn über unserem Städtchen ewig das „Fatum“ schweben? Ist denn unsere Gegend durch den staatsstreuen Propst Rubeczak noch zu wenig demoralisirt worden? Die einzige Hoffnung setzen wir auf unsere Abgeordneten, daß sie diese traurige Angelegenheit im Abgeordnetenhaus anregen werden. Unser tüchtiger Anwalt und Abgeordneter Dr. Dzierobek aus Schrimm wird sicherlich für den nöthigen Stoff, welchen er in seinen Akten hat, sorgen.

Aus Nr. 263 des Dziennik Poznański
vom 17. November 1893:

Die Beamten als Abgeordnete und Agitatoren.

Der Dziennik beklagt sich darüber, daß so viele höhere Verwaltungsbeamte in den Landtag gewählt worden seien, es hätten allein vierzig Landräthe, darunter drei aus der Provinz Posen Mandate erhalten. Von den übrigen gewählten Beamten seien sechs Regierungs-Präsidenten u. s. w. So viele Beamte — sagt das Blatt wörtlich —, anstatt an Ort und Stelle zu arbeiten, anstatt für das Wohl der ihnen anvertrauten Kreise und Regierungsbezirke zu sorgen, treiben in Berlin Politik. Ihrem Amte und Charakter nach stehen sie unter der Gewalt und Kontrolle der Minister, als Abgeordnete kontrolliren sie aber gerade ihre Vorgesetzten oder entziehen sich vielmehr deren Kontrolle. Wie sehr die ihrer Fürsorge anvertrauten Interessen darunter leiden, ist leicht zu errathen. Wir wissen übrigens dies am besten. So oft aber unsere Abgeordneten im Landtage ihre gerechten Klagen über die Amtirung unserer Verwaltungsbehörden erhoben, stets stehen sie geschlossen wie ein Mann da und treten leidenschaftlich gegen uns auf, anstatt, wie es dem Beamten zukäme, der Sache auf den Grund zu gehen, die Lage der Sache gerecht zu erläutern und die Regierung zur Befriedigung unserer gerechten Ansprüche zu veranlassen. Sie sind ja nicht allein für Deutsche angestellt, sondern für die ganze Gesellschaft, also auch für uns, welche zu ihrer Besoldung gleich unseren deutschen Mitbürgern beitragen. Diese Herren verstehen dies jedoch nicht und sie wollen es auch nicht verstehen. Im Gegentheil suchen sie darin eine Auszeichnung. Sehen wir denn nicht in ihren ersten Reihen politische Agitatoren gegen uns? Es giebt nicht viele Landräthe hier in der Provinz, welche sich diese Annehmlichkeit versagten. Und weshalb sollten sie sich's auch versagen, wenn sie das Beispiel von oben haben. Der Regierungs-Präsident von Bromberg, Herr v. Tiedemann, begab sich selbst, allerdings nur „zufällig“, wie er behauptete, zur Generalversammlung der deutschen Wähler nach Gnesen und trat dort gegen uns Polen auf, indem er die Deutschen ermunterte, diesen Kreis uns zu entreißen. Wir fragen alle unvoreingenommenen Menschen, geziemt sich das für einen hohen Beamten, ist es denn nicht seine Pflicht, un-

parteiisch zu bleiben, über den Parteien zu stehen und sich nicht an dem leidenschaftlichen Parteikampfe zu betheiligen? Es ist kein Wunder, daß Herrn v. Zie-demann seine unterstellten Beamten folgen und, anstatt verführend einzuwirken, die Mitbürger untereinander verhetzen. — Gedenkt die Regierung dem Allen ruhig zuzusehen und keine Gegenmaßregeln zu ergreifen? — Es wäre sehr erwünscht, wenn unsere Abgeordneten ihre Stimmen im Landtage erhöhen — auch wir verlangen es.

Aus Nr. 261 des Dziennik Poznański
vom 15. November 1893:

Polnische Delegirtenversammlung.

Der Verbandstag der polnischen Wirthschafts- und Erwerbsgenossenschaften für Posen und Westpreußen ist am 14. November d. J. Abends 8 Uhr im Saale des Viktoria-Hotels eröffnet worden. Die Delegirten der Genossenschaften, deren 42 von 77 vertreten waren, wurden durch den Vorsitzenden des Aufsichtsraths der Posener Gewerbebank, praktischen Arzt Dr. Grodzki begrüßt, worauf der Anwalt der Genossenschaften, Geistlicher Wawrzyniak-Schrimm, den Genossenschaftstag eröffnete. Zum Vorsitzenden desselben wurde Fabrikbesitzer Cegielski, zum stellvertretenden Vorsitzenden Dr. Plewniewicz-Znin, zu Schriftführern die Herren Propst Mojzykiewicz-Priment und Stanislaus Bielecki-Wreschen gewählt. An den vom Anwalt erstatteten Jahresbericht des Verbandes für 1892 knüpfte sich eine längere Besprechung. Seitens des Anwaltes wie auch der meisten Mitglieder des Verbandstages wurde es nicht gut geheißt, daß einzelne Genossenschaften sehr hohe Dividenden unter ihre Mitglieder vertheilt haben. Es soll diese Dividendenanlegenheit des Weiteren in der Kommission, welche den Diskont festzusetzen hat, zur Sprache kommen. Am 15. d. M. früh um 8 Uhr fand für die Mitglieder des Verbandstages ein Messgottesdienst statt. An Delegirten trafen früh noch sechs ein. Es wurde eine Resolution beschlossen, dahingehend: Das Interesse der Genossenschaften erheischt es, daß der Gewinn einer Genossenschaft ein möglichst geringer sei; das Interesse der Deponenten und Gläubiger verlangt dagegen die möglichst größte Sicherheit. Genossenschaften, welche keine Darlehns-genossenschaften sind, brauchen keine unbeschränkte Haftpflicht zu haben. Darlehns-genossenschaften mit beschränkter Haftpflicht können ihren Klienten nur dann Sicherheit bieten, wenn sie über bedeutendere Reservemittel und Mitglieder Guthaben verfügen. Neu anzulegende Genossenschaften sollten immer auf unbeschränkter Haftpflicht beruhen. Genossenschaften mit unbeschränkter Nachschußpflicht sind zu vermeiden. Die Furcht vor Genossenschaften mit unbeschränkter Haftpflicht ist überall da hinfällig, wo dieselben gut geleitet werden und wo die Genossenschaftler ihre Rechte wahrnehmen. — Eine zweite Resolution wurde beschlossen, dahin gehend, daß die Zahl der jetzt bestehenden Genossenschaften zu gering sei, daß man somit bestrebt sein müsse, neue Genossenschaften zu gründen, sei es in Parochien oder in anderen Bezirken.

Im weiteren Verlauf seiner Berathungen beschloß der Verbandstag die Annahme nachstehender Resolutionen: Auf die Frage, wie viel Zinsen die Genossenschaften von Darlehen nehmen sollen, ist eine allgemeine Norm zu geben sehr schwierig; man muß den einzelnen Genossenschaften freien Spielraum lassen. Es wird sich jedoch empfehlen, daran festzuhalten, daß zwei Prozent über Depositenzinsen eventuell Reichsbank-Diskont erhoben werden. — Es

empfiehlt sich, daß die Genossenschaftsverwaltungen von Darlehnsnehmern eine Lebensversicherung verlangen. Hierdurch würde das Publikum zum Sparen angehalten, dem Giranten aber würde für den Fall des Ablebens eines Darlehnsnehmers Sicherheit geboten werden. Für die Darlehnsnehmer mit Lebensversicherung würde ein geringerer Zinssatz zu erheben sein.

In der Provinz Posen bestehen 56 und in Westpreußen 21 polnische Wirthschafts- und Erwerbsgenossenschaften. In diesem Jahre sind 4 neue Genossenschaften, 3 in der Provinz Posen und 1 in Westpreußen entstanden. Die Gesamtzahl der Verbandsmitglieder beträgt 25 585, von denen 15 397 dem landwirthschaftlichen Berufe angehören und zwar 340 Guts- und Vorwerkbesitzer, 14 638 bäuerliche Wirthe und Stellenbesitzer und 419 Pächter; dem Handwerkerstande bezw. der Industrie gehören 4071; anderen Berufen 3180 Mitglieder an. Nichtklassifizierte Mitglieder waren 2937. Daß die polnischen Erwerbsgenossenschaften mit ansehnlichen Beträgen wirthschaften, beweist die Abrechnung, welche in der Spalte: Einnahmen und Ausgaben die Summe von 15 454 996 Mark aufweist, während im Jahre 1873 kaum 3 739 302 Mark nachgewiesen waren. Doch nicht nur die Hebung des materiellen Wohlstandes bezwecken diese Genossenschaften, sie sollen in politischer Beziehung von Bedeutung sein. Der Verbandstags-Vorsitzende, Fabrikbesitzer Cegielski, erklärte in seiner Eröffnungsrede, daß die polnischen Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften für die Polen eine Schule sein und eine Schutzwehr gegen die Germanisirung bilden sollen.

Aus Nr. 266 des Goniec Wielkopolski
vom 21. November 1893:

Der neue Feiertag.

Sowohl die katholischen, als auch die protestantischen Deutschen beklagten sich schon darüber, daß es bei uns zu viele Feiertage giebt. Was werden sie jetzt sagen, da man ihnen die Zahl der Feiertage nicht nur nicht verringerte, sondern sogar einen neuen hinzufügte? Selbst die Protestanten erhielten indirekt einen neuen Feiertag, denn obwohl sie selbst ihren „Bet- und Bußtag“ feierten, konnten die von ihnen abhängigen Leute, insofern sie nicht Protestanten waren, schwere Arbeiten an diesem Tage zum Nutzen und Vortheil der Arbeitgeber verrichten. Doch nicht nur die Deutschen selbst beschwerten sich über die allzuvielen obligatorischen Feiertage, auch viele Polen, namentlich alle größeren Gutsbesitzer führten dieselben Klagen. Sie entsendeten deshalb, wenn ich nicht irre im März d. J., auf Veranlassung des landwirthschaftlichen Provinzialvereins eine Deputation an den Herrn Erzbischof mit der Bitte, dafür zu sorgen bezw. bei dem Apostolischen Stuhle zu erwirken, daß die während des Sommers fallenden Feiertage auf die nächstfolgenden Sonntage verlegt würden. Für diese wird der neue Feiertag nicht nur, ihrer Ansicht nach, eine neue Last, sondern gleichsam ein Schlag in's Gesicht sein, als Antwort auf den von ihnen geäußerten Wunsch in Betreff der Verminderung der jetzt bestehenden katholischen Feiertage. Uebrigens ist dieser neue Feiertag für keinen braven Polen, möge er einem Stande oder Berufe angehören, welchem er wolle, sympathisch und wird es auch niemals werden, denn derselbe ist, mag dem sein, wie ihm wolle, nur aus dem Grunde eingeführt worden, um den deutsch-protestantischen Bet- und Bußtag, welcher bisher

nur in den alten Provinzen Preußens und seit hundert Jahren nur auch „quo ad forum“ in demjenigen Theile Polens, den man den Negdistrikt nennt und in einem ganz kleinen Theile des Erzbisthums Gnesen als Feiertag begangen wurde, nunmehr auch auf den Rest der Erzdiözese Gnesen und auf die jetzige Erzdiözese Posen auszuweiten und ihn gleichzeitig „in foro“ wie „in choro“ zu einem von der katholischen Kirche als solchen anerkannten und sowohl die Katholiken, als auch die Protestanten, die Deutschen wie die Polen unter Verwirkung von Strafe, ja selbst der Sünde bindenden zu erheben. Kurz durch die Einführung dieses neuen Feiertages sind wir mit einer dicken Schicht deutsch-protestantischer Farbe übertüncht worden. Trotz dieses neuen Anstrichs werden wir nicht aufhören, das zu sein, als was uns Gott erschaffen hat. So walte Gott und die Allerheiligste Jungfrau, deren Fest wir an diesem Feiertage begehen, und die wir nach dem Beispiel unserer gottesfürchtigen Ahnen als die Königin von Polen zu verehren und sie um eine bessere und glücklichere Zukunft für Polen anzuflehen nicht aufhören werden.

Aus Nr. 266 des Dziennik poznański
vom 21. November 1893:

Polnischer Kirchengesang in der Jersitzer Schule.

In den beiden sechsstufigen Volksschulen zu Jersitz erhalten die katholischen Kinder polnischer Zunge in den beiden untersten Klassen den Religionsunterricht in ihrer Muttersprache, während dieser Unterricht von der vierten Klasse aufwärts allen Kindern in deutscher Sprache erteilt wird. Hieraus erklärt es sich auch, daß mit den katholisch-polnischen Kindern der letztgedachten Klassen keine polnischen Kirchenlieder eingeübt bzw. gesungen werden. Eine Aenderung hierin soll nunmehr dem Dziennik zufolge durch eine Verfügung des Kreisschulinpektors, Schulraths Schwalbe, herbeigeführt werden. Hiernach sollen die Kinder derjenigen Eltern, welche die St. Adalbertskirche besuchen, wöchentlich in einer besonders zu diesem Zweck in den Lektionsplan eingestellten Stunde im polnischen Kirchengesange unterrichtet werden. Ausgeschlossen von dieser Gesangstunde sind die polnischen Kinder der beiden unteren Klassen, mit welchen polnische Kirchenlieder während der Religionsstunde eingeübt werden. Der Dziennik meint, diese Verfügung sei auf Anordnung des Unterrichtsministers erlassen worden, welcher, während er im Sommer des verflossenen Jahres die beiden in Rede stehenden Schulen revidirte, den polnischen Kirchengesang in denselben vermißt habe.

Dem Dziennik poznański genügt jedoch die Einführung einer besonderen Unterrichtsstunde für den polnisch-katholischen Kirchengesang in der Schule zu Jersitz nicht; er verlangt vielmehr, daß in dieser Schule auf allen Unterrichtsstufen, auch von der 4. aufwärts bis zur 1. für die polnisch-katholischen Schulkinder die polnische Unterrichtssprache beim Religionsunterricht eingeführt werde. Auch ist das vorgenannte Blatt damit unzufrieden, daß nach der Verfügung des Kreisschulinpektors Schwalbe bei dem Unterricht im polnisch-katholischen Kirchengesange die deutsche Unterrichtssprache zur Erläuterung benutzt werden soll. Nach der Ansicht des Dziennik wird der Dekan Wolinski, welcher die Aufsicht über den katholischen Religionsunterricht an jener Schule führt, sicher bei der Königl. Regierung dahin vorstellig

werden, daß diese Bestimmung in Betreff der deutschen Unterrichtssprache beim polnisch-katholischen Kirchengesange abgeändert werde. Nach der Anordnung des Herrn Schwalbe würde die Stunde, welche dem polnisch-katholischen Kirchengesange gewidmet ist, in der Praxis zu einer Karrikatur werden, welche geeignet wäre, eine so ernste und wichtige Sache in den Augen der Kinder in's Lächerliche zu ziehen.

Aus Nr. 265 des Dziennik Poznański
vom 20. November 1893:

Die polnische Reichstagsfraktion.

Die polnische Fraktion des Reichstages hat sich konstituiert. Gewählt wurden: zum Vorsitzenden Fürst Ferdinand Radziwill, zum stellvertretenden Vorsitzenden Fabrikbesitzer Cegielski, zu Schriftführern Fürst Adam Czarloryski und Rittergutsbesitzer Santa von Polczynski, zum Quästor Fürst Józef Czarloryski, in den Seniorenkonvent Rittergutsbesitzer von Koscielski, in die Parlaments-Kommission Propst von Jazdzewski und Rentier von Czarlinski, zu Stellvertretern der letzteren beiden Rittergutsbesitzer von Komierowski und Rechtsanwalt von Dziembowski.

Aus Nr. 266 des Dziennik Poznański
vom 21. November 1893:

Landtagsergänzwahl im Wahlkreise Posen-Obornik.

In betreff der Landtagsergänzwahl in Posen-Obornik, welche in Folge des Ablebens des Herrn Landgerichtsraths Czwalina nothwendig geworden ist, giebt der „Dziennik“ der Ueberzeugung Ausdruck, daß die Polen, treu dem mit den Freisinnigen geschlossenen Kompromisse, auch diesmal wieder für den von der freisinnigen Volkspartei aufzustellenden Kandidaten stimmen würden. Der „Kurier“ enthält sich jeder Aeußerung.

Aus Nr. 268 des Dziennik Poznański
vom 24. November 1893:

Aufruf des polnischen Schulkomitees.

Das polnische Schulkomitee (opieka szkolna) für die Stadt Posen macht bekannt, daß die Mittel des Komitees derartig erschöpft seien, daß zum ersten Male seit Einführung des polnischen Privatsprachunterrichts die Remunerationen an die betreffenden Lehrer nicht hätten gezahlt werden können. Im Interesse des Fortbestehens dieses Unterrichts werde das Schulkomitee von jetzt ab die Einziehung freiwilliger Beiträge besonderen, gegen Entschädigung angestellten Erhebern übertragen, welche neben der Beitragsliste gleichzeitig die Quittungen über die betreffenden Beträge besitzen und diese Quittungen dem Zahlenden sogleich behändigen würden. Das Komitee behält sich vor, über seine zweijährige Thätigkeit und über die Verwaltung der Fonds öffentlich Rechnung zu legen.

Aus Nr. 266 des Wielkopolanin
vom 21. November 1893:

Die Schulverhältnisse in Alt-Höfchen

sind neulich seitens des „Kurjer“ einer Besprechung unterzogen worden. Der „Wielkopolanin“ fügt dem Berichte des genannten Blattes Folgendes hinzu:

„Wir führen noch als besonders wichtige Einzelheit an, daß in Alt-Höfchen, an der Blesen-Schweizer Landstraße gelegen, schon seit undenklichen Zeiten keine polnische Seele wohnhaft gewesen ist. Diesen Grenzstreifen gegen Brandenburg hin durchwütheten die grauenhaften Schwedenkriege und die Pest zu Zeiten Johann Kasimirs vor ungefähr 250 Jahren. Es stellte sich in Folge dessen die Nothwendigkeit heraus, diesen Landstrich durch Zuzügler aus dem benachbarten Deutschland wieder zu bevölkern und die Folge davon war, daß die polnische Bevölkerung in jenem Grenzstrich zu schwinden begann. Fürst Bismarck lehrte, daß in den uns Polen geraubten Landestheilen die Deutschen vor dem Andrang und den Bedrückungen der Polen geschützt werden müßten und daß zu diesem Zwecke die Maigesetze und die späteren Ausnahmemaßregeln unbedingt erforderlich seien, nicht um die Polen zu Lutheranern zu machen, sondern um unsere Bestrebungen, die Bamberger und die übrigen hier ansässigen Deutschen zu polonisiren, abzuwehren.

Was sagt Alt-Höfchen heut' dazu? Ist es etwa erforderlich, die Deutschkatholiken in dieser rein deutschen Gegend durch die Hand eines evangelischen Lehrers vor dem Polonisirtwerden zu schützen? Hier handelt es sich sichtlich um Protestantisirung, um nichts Anderes — und noch dazu aus einem der Antipolenfonds.

Aus Nr. 93 der Straz polska
vom 15. November 1893:

Der Sieg der Politik der „weiten Horizonte“.

Der Kreis-Schulinspektor Heckert in Bromberg hat alle Kinder, welche während der Mission die Schule versäumten, bestrafen lassen, obgleich dieselben sich bei den Lehrern entschuldigt hatten.

Unsre armen polnischen Kinder! Nicht genug, daß man ihnen den polnischen Schulunterricht vorenthält, verwehrt man ihnen sogar die Theilnahme an so hohen Feierlichkeiten und am Gottesdienste und gestattet ihnen nicht der Gnaden theilhaftig zu werden, mit denen unsere heilige Kirche ihre Befenner bedenkt. Beweis genug, daß die Politik der „weiten Horizonte“ unserer Nation zum Verderben gereicht. Ist es nicht ersichtlich, daß unsere Versöhnungspolitik nicht Nutzen sondern vielmehr Schaden bringt, wenn man im Gegensatz zu früher den Schulkindern nicht gestattet, gelegentlich der Anwesenheit des Erzbischofs an so erhabenen kirchlichen Feierlichkeiten theilzunehmen? Wenn unser früherer Erzbischof Gr. Ledóchowski irgend eine Pfarochie oder Stadt besuchte, empfingen ihn die Schulen offiziell, indem sie ihm entgegen gingen.

Nach all den Opfern, die unsre Versöhnungspolitik dem Staate gebracht, wird einer unsrer Kirchenfürsten nicht offiziell empfangen und unsern Kindern die Theilnahme an der Mission nicht gestattet!

Ei, Ihr Herren Vergleichspolitik, Ihr habt Euch arg an der polnischen Nation versündigt; denn Ihr hattet eine Waffe in Händen und konntet in einem Augenblick die ganze polnische Nation beglücken, als es an Euch lag, ob Ihr für oder gegen jene berüchtigte Militärvorlage stimmen wolltet! Sie

konnten der Regierung sagen: „Giebst du uns den polnischen Sprachunterricht in den Schulen, so wollen wir für die Heeresverstärkung stimmen, andernfalls nicht!“ Eine zweite gleich günstige Gelegenheit dürfte sich entweder nicht so bald oder gar nicht mehr finden.

Wir bekamen und bekommen nichts, und doch heißt man uns geduldig warten, wahrscheinlich solange, bis unsre Jugend das Polnische vergessen hat, und das polnische Gefühl in uns erstorben ist. Das Herz krampft sich zusammen bei dem Gedanken, welch bodenloses Unrecht unsere Abgeordneten uns anthan haben, als sie mit dem polnischen Groschen die Macht der Deutschen verstärken und damit die ohnehin durch Ausnahmegesetze bedrückte polnische Nation noch mehr knebeln helfen.

Aus Nr. 264 des Oredownik
vom 18. November 1893:

Die polnische Fraktion im Reichstage.

Der gestern eröffnete Reichstag wird in erster Linie über die Frage der Deckung der durch die Heeresverstärkung entstehenden Unkosten zu berathen haben. Die Sachlage ist nun für uns folgende: Die Militärvorlage, gelangte lediglich durch die Unterstützung der Polen zur Annahme und zwar nur mit einer Mehrheit von 11 Stimmen, obgleich die Polen 20 Mann stark waren. Die Mehrheit der deutschen Abgeordneten war entschieden auf der gegnerischen Seite. Jetzt, wo es sich um die Deckung der Kosten handelt, wird die Regierung ebenfalls nur bei denselben Abgeordneten Unterstützung zu suchen haben, die für die Militärvorlage waren, da die Männer, welche Gegner des Projekts waren, nunmehr wohl auch die Mittel zur Durchführung desselben verweigern werden. Die Regierung kann also nur dann auf Bewilligung der erforderlichen 55 Millionen rechnen, wenn sie die polnischen Abgeordneten wiederum auf ihrer Seite hat.

Was werden diese thun? Bei der Abstimmung über die Militärvorlage haben sie den Wunsch und Willen des Volkes unberücksichtigt gelassen. Die im Volke darob entstandene Entrüstung krystallisirte sich in einer Volksbewegung, — es entstand die Volkspartei. Alle Blätter der Hoppartei leugnen das Bestehen einer Volkspartei und wollen es nicht begreifen, daß die leitende Idee dieser Partei in Fleisch und Blut breiter Volksmassen übergegangen ist. Es wäre übel angebracht, wenn die Reichstagsabgeordneten, welche unsere höfische Presse inspiriren, sich in der Täuschung wiegen würden, daß das Volk sich hintergehen und geringschäßig behandeln lassen werde.

Die polnische Reichstagsfraktion hat ihr Votum in Form der bekannten Erklärung Dr. v. Szadzewski's abgegeben. Indem sie für die Militärvorlage eintrat, stellte sie weder an die Regierung positive Bedingungen, noch versprach sie der Wählerschaft etwas Positives. Doch faßte man die getroffene Entscheidung dahin auf, daß die preussische Regierung, die am meisten bei dem Projekt interessirt war, zum mindesten den polnischen Sprachunterricht, den wir auf Grund von Recht und Gerechtigkeit ohne Rücksicht auf die deutschen Heeresverhältnisse zu fordern haben, wieder auf den Lehrplan der Elementarschulen setzen würde. Das deutete auch die Presse der Hoppartei an, um uns die Abstimmung der Fraktion schmackhafter zu machen. Im Kurjer und Wielkopolanin wurde vor Kurzem geschrieben, der jüngste Ministerialerlaß bezüglich des polnischen Religionsunterrichts in den Seminar-Übungsschulen sei eine Frucht des Verhaltens der

Fraktion und man möge in Geduld sich fernerer Zugeständnisse getrösten.

Unsre Abgeordneten hatten vor der Abstimmung über die Militärvorlage eine Konferenz mit den Ministern. Der damit betretene Weg muß jetzt, wenn die Beratungen über die Kostendeckung beginnen, konsequent inne gehalten werden, und es ist die Pflicht unsrer Abgeordneten, sich zu vergewissern, ob und wann die Regierung die Wiedereinführung des polnischen Sprachunterrichts zu bewerkstelligen gedenkt. So wird jeder Pole urtheilen müssen, dessen Denkfraft noch nicht durch das Lesen höfischer Blätter getrübt ist.

Von den Steuerprojekten der Regierung hängt Vieles ab. Wenn die neuen Lasten in der That auf kräftigere Schultern gelegt und die niederen Volksschichten geschont werden, so haben unsre Abgeordneten es leichter. Danach sieht es jedoch nicht aus.

In erster Linie hat der Umstand die Entscheidung unsrer Abgeordneten zu beeinflussen, ob wir für den polnischen Unterricht etwas Gewisses gewinnen oder nicht. Wenn sie in dieser Beziehung zweifellose Zusicherungen erhalten, dann mögen sie für die Vermehrung der Lasten eintreten. Sollte Ersteres nicht der Fall sein und die Regierung die Verwirklichung ihrer Versprechungen nach Inhalt und Zeit ihrer Disposition vorbehalten, dann können innerhalb der Fraktion sich zwei Richtungen geltend machen:

1) Wir stimmen gegen die Erhöhung der Abgaben, da die Regierung ihre Versprechungen nicht hält; das Eintreten für die Militärvorlage war genügend, um der Regierung unsern guten Willen zu zeigen. Oder

2) Wir treten für die Vermehrung der Steuern ein, denn wer A gesagt hat, muß auch B sagen; wir können der Regierung nicht die Hände binden, sondern müssen ihr Freiheit lassen und in Geduld uns trösten, damit sie uns nicht jede Aussicht benimmt, wenn wir uns konsequent ablehnend verhalten.

Aus der Provinz Westpreußen.

Aus Nr. 263 der Gazeta Toruńska
vom 18. November 1893:

Zur Steuer der Wahrheit.

Wir berichteten neulich über eine Verfügung des Oberstaatsanwalts, die sich auf diejenigen polnischen Kinder bezog, welche vor Gericht Zeugniß abzugeben haben. Ob diese Verfügung wirklich besteht, wissen wir nicht, und darum befassen wir uns hier nur mit dem aus deutschen Blättern geschöpften Berichte. Dort ist die Sache so dargestellt, daß die polnischen Kinder von Eltern abgehalten würden, vor Gericht ohne Scheu und in vollkommener Form in deutscher Sprache Zeugniß abzulegen, obgleich sie dessen fähig seien, nur um zu beweisen, daß das heutige Unterrichtssystem nicht im Stande sei, die Schüler soweit zu fördern. Der Angriff auf die angebliche Verlogenheit der polnischen Kinder hat den Zweck, das heut übliche Germanisirungssystem als erfolgreich hinzustellen und seine Beibehaltung zu rechtfertigen.

Bereits neulich bemerkten wir, daß es uns sich in demselben Grade darum handelt, die Wahrheit aufzudecken, wie dem Richter. Wo also die Kinder sich in einer oder der anderen Weise mit der Wahr-

heit in Widerspruch setzen, da verdammen wir es entschieden. Sollte man jedoch aus dem Umstande, daß die Schüler in der Schule im Deutschen unterrichtet werden und ihnen gar unter großer Qual etwas beigebracht wird, gefolgert werden, sie besäßen nunmehr genügende Fertigkeit, um ihr Zeugniß vor Gericht in deutscher Sprache abzugeben, so wäre dies ein lächerliches Vorurtheil.

Wie viele Gelehrte haben Latein und Französisch gelernt, ohne jedoch im Stande zu sein, in dieser Sprache vor Gericht zu zeugen. Es ist darum unrecht und voreilig, die polnischen Eltern und Kinder auf Grund derartiger Voraussetzungen verurtheilen zu wollen.

Bekannt ist in letzter Zeit ein Prozeß geworden, der sich in Folge eines vorausgegangenen gegen einen Lehrer wegen unzüchtiger Handlungen gerichteten entspann. In beiden traten polnische Schulkinder als Zeugen auf. Im ersten Prozeß gab man der Sittlichkeit des Angeklagten ein glänzendes Zeugniß und legte die Denunciation als Ausfluß des Hasses der Polen gegen die Schule und den deutschen Lehrer aus. Im zweiten Prozesse zeigte es sich, daß die eigentliche Wahrheit in den Aussagen der Schulkinder enthalten war und die gegen den Lehrer erhobenen Anschuldigungen berechtigt seien, daß ferner nicht Haß, sondern die Wahrheit und die gerechte Entrüstung über unsittliches Verhalten im ersten Prozesse die Triebfedern gewesen waren.

Geduld, Ueberlegung und peinliches Forschen nach der Wahrheit haben also letztere an den Tag gebracht. Dasselbe Verfahren ist nöthig angesichts des Vorwurfs und der Verdächtigung, als würden die Kinder zwecks Verdamnung des Unterrichtssystems genöthigt, vor Gericht die Unwahrheit zu sagen.

Wir sind überzeugt, daß nur die den Polen übelgefinnte Presse diesen Sinn in die gedachte Verfügung hineinträgt, daß dagegen die Behörden die Sache anders und richtiger auffassen.

Aus Nr. 265 der Gazeta Toruńska
vom 16. November 1893:

Franz Bosadzy.

der Landmann aus Szymborze bei Thorn, welcher aus eigenem Antriebe nach Krakau reiste, um am Grabe Matejko's einen Kranz aus Weizenähren niederzulegen, giebt im Dziennik Kujawski einen kurzen Reisebericht, der mit folgendem Passus schließt:

„Im Leichenzuge lenkte der kujawische Kranz die besondere Aufmerksamkeit auf sich. Da er aus Weizen gewunden und also nicht so schnell dem Verderben ausgesetzt ist, wurde er im National-Museum aufgehängt. Viele fragten mich, aus welcher Gegend Polens ich herstamme. Darauf antwortete ich, daß ich aus Kujawien her sei, wo einst der Rademacher Pfalz zum König gewählt wurde. „Ach, da stammt Ihr ja aus der Wiege unserer Nation“, erscholl es da; „laßt Euch als unserem Landsmann die Hand drücken!“ Das Begräbniß verlief unter großem Prachtaufwand, wie es der große Meister verdient hat. Ich besuchte neben allen unseren polnischen Gedächtnisstätten auch die Gräber unserer Könige, unter deren Szepter das Vaterland einst groß und mächtig war. Wir hegen die feste Hoffnung und den heiligen Glauben, daß jene Zeiten einst wiederkehren werden. Das steht jedoch nur dann zu erwarten, wenn wir einig sind, und uns nicht, wie es leider heute der Fall ist, in Parteien zerplittern.“

Halten wir also nicht allein in Worten, sondern auch in Thaten nach dem Beispiele unseres großen, eben verschiedenen Meisters an unserm hl. katholischen Glauben und an unserer Nationalität fest!

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 23 des Kuryer Górnoszlaski
vom 14. November 1893:

Sei uns Allen begrüßt, Allerhöchster Herr!

Vor einem Jahre sagte unser Allerhöchster Kaiser, König und Herr während seiner Anwesenheit in Glogau, er sei gern nach Oberschlesien gekommen, „wo so treue Herzen für Ihn schlugen.“ Heut führt eine andere Veranlassung den erhabenen Herrscher zu uns und überall grüßen Ihn mit dankbarer Begeisterung seine treuen Oberschlesier polnischer und deutscher Zunge.

Denn auch die polnischen Oberschlesier wollen zeigen, daß sie sich Höchstihm, dem Vater des gemeinsamen Vaterlandes, zwar nicht durch Bande des Blutes, sondern durch göttliches Gesetz als treue Preußen verbunden fühlen.

Die Oberschlesier haben es nicht vergessen und bekennen es laut, daß die Königliche Macht erhabener Monarchen, der Vorfahren unseres Allerhöchsten Königlichen Herrn ihnen das Herrenjoch abgenommen und die Bürgerfreiheit verliehen hat.

Und als Oberschlesier erblicken wir in Allerhöchstdemselben den wahren und unabhängigen Fürsten des Schlesierlandes, den Erben unserer Pflichten. Im Vertrauen auf Gott setzen auch die Oberschlesier ihre ganze Hoffnung in das edelmüthige Herz des Monarchen, besonders, daß er uns alle berechtigten Freiheiten zutheilen und uns behilflich sein werde, unsere gerechten Wünsche der Erfüllung entgegenzuführen.

Wir Alle werden uns hingegen bemühen, daß jetzt und immerdar dem Allerhöchsten Herrn überall „treue Herzen entgegenschlagen“.

Sei uns nun begrüßt, Alldurchlauchtigster Herr! Unser Alldurchlauchtigster Kaiser, König und Herr, Wilhelm, er lebe hoch!

Aus Nr. 137 des Katolik
vom 21. November 1893:

Polnische Kinder!

Euer Kommandant fordert Euch wieder zum Schreiben polnischer Briefe auf, denn polnische Kinder müssen polnisch zu schreiben verstehen, weil es heilige Pflicht eines jeden Menschen ist, daß er seine Muttersprache kenne. Da man Euch aber bis jetzt in der Schule polnisch lesen und schreiben nicht lehrt, so müßt Ihr Euch zu Hause mit Hilfe Eurer Eltern in der Muttersprache üben. Der Katolik will Euch dazu anspornen und vertheilt polnische Bücher für polnische Briefe. Schreibt daher und fordert auch andere Kinder zum Schreiben auf. Der Kommandant wollte Vormünder polnischer Kinder in allen Gemeinden ernennen, doch es gelang ihm dies in diesem Jahre nicht. Möge es daher beim Alten bleiben, möge jedes Kind sein Brieflein unter der Adresse: An die Redaktion des Katolik in Beuthen in Oberschlesien absenden. Wenn sich einige Kinder irgendwo zusammenthün, so können sie mehrere Briefe

in einen großen Briefumschlag hineinlegen und absenden und sie brauchen dann nicht so viel Postporto zu zahlen. Solche Kinder, welche der Aufforderung ihres Kommandanten gemäß, einigen anderen Kindern das Lesen und Schreiben beigebracht haben, mögen die Brieflein ihrer Schüler mit beifügen und mittheilen, wie sie die Anderen unterrichtet haben; für einen jeden solchen Schüler erhalten sie ein Bildchen. Schreibt daher, Ihr lieben Kinder und fürchtet Euch vor nichts. Der Katolik wird diesmal Alles so einrichten, daß Niemand von Euch in der Schule Unannehmlichkeiten habe, weil er ein Brieflein geschrieben. Der Katolik ruft: Es sind mehr Soldaten erforderlich, doch nur diese kleinen Soldaten des Katolik. Es sind möglichst viel polnische Kinder, die polnisch zu lesen und zu schreiben verstehen, nöthig, damit uns unsere schöne polnische Sprache in Schlesien nicht untergehe. Sollten wir uns um dieselbe nicht kümmern, so könnte uns Gott damit strafen, daß er es zuließe, daß wir sie verlieren. Es würde dann viel Trauer und Herzeleid geben, denn es würde so sein, als hätten wir uns die Zunge abgeschnitten. Doch dies dürfen wir niemals zugeben und wir haben die Pflicht, die Gottesgabe wie einen Augapfel zu wahren und zu hüten. Sobald die polnischen Kinder fleißig polnisch lernen werden, wird unsere Sprache, für uns die schönste von allen Sprachen der Welt, nicht untergehen, sondern sie wird fortleben und blühen zur Ehre Gottes und uns zum Nutzen. Der Kommandant kommandirt daher: Polnische Kinder! Die Feder in die Hand und schreibt. Und möget Ihr recht viele sein. Gott befohlen.

Aus den Zeitungen des Auslandes.

Aus Nr. 258 der Gazeta Narodowa
vom 11. November 1893:

Die polnischen Vereine Berlins.

Man schreibt uns aus Berlin:

Wenn irgendwo so haben wir hier in Berlin nicht Ursache, uns über Mangel an polnischen Vereinen zu beklagen. Es giebt ihrer hier eine große Menge und sowohl Männer als auch Frauen schließen sich in gesonderten Vereinen zusammen. So bestehen hier: der Bildungsverein der Polen (Tow. naukowe) der Verein polnischer Gewerbetreibender (tow. przemysl. polskich), der polnisch-katholische Verein, der gymnastische Verein „Sokol“, der „Biały“, der Verein polnischer Arbeiter, der Verein polnischer Bürger, der „Bulkan“, der „Adler“, der Verein vom „heil. Kasimir“, der Kosciuszkoverein, der Verein polnischer Kaufleute, der der Bäcker, drei Gesangsvereine, der Nationalverein (narodowe), der Verein der jagellonischen Jugend, die Frauenvereine: Gwiazda, Wanda, vom heil. Joseph und der der Bürgerinnen. Außerdem giebt es noch einen dramatischen Verein, einen Heimstättenverein (przysłisko) einen Dienstagsverein und zwei, drei nebensächliche, deren Namen mir unbekannt sind.

Der größte Theil dieser Vereine ist in der Neuzeit ins Leben gerufen worden. Lange Jahre hindurch bestanden nur zwei Vereine, der der Gewerbetreibenden und der polnisch-katholische, neben dem akademischen, den Herr v. Gösler aufzulösen für angebracht hielt. Als jedoch der Zufluß von Polen nach Berlin einen gewaltigen Umfang annahm, ergab sich die Nothwendigkeit neue anzulegen, schon darum, weil die bestehenden keinen Raum für die sich zum Eintritt meldenden Landsleute boten und ferner, weil die Ausdehnung der Stadt es verlangte.

Man begann also Vereine in verschiedenen Stadttheilen, so im Osten, in Moabit, im Wedding, im Centrum, im Süden zu gründen und unabhängig von diesen entwickelten sich in den Vororten Berlins in Weißensee, Friedrichsberg, Schöneberg u. s. w. neue Verbindungen.

Einzelne der neu entstandenen Vereine entsprechen thatächlich dem vorhandenen Bedürfnisse und entwickeln sich normal. Sofern manche billigen Anforderungen nicht gerecht werden, liegt es entweder an den Vorstehenden oder an dem Neid und der Engherzigkeit einzelner Personen. Die Folge davon sind Intriguen und ähnliche Erscheinungen, die der gesunden Entwicklung der betreffenden Vereine hindernd in den Weg treten.

Doch giebt es auch Vereine ohne jede Existenzberechtigung. Sie verdanken ihr Dasein dem Bürger-eifer ihrer Gründer; doch zeigt es sich heut, daß letztere sich in den Verhältnissen verrechnet und sozusagen auf Sand gebaut haben. Wohl fand sich in der ersten Zeit eine ziemliche Zahl von Mitgliedern, doch die löbliche Begeisterung war Strohfeuer; mit jeder Sitzung schmolz die Mitgliederzahl zusammen und es ist soweit gekommen, daß häufig außer dem Vorstände kein Mitglied zur Sitzung erscheint.

Infolgedessen kam man auf den Gedanken, manche Vereine aufzulösen und zwei oder drei in einen zu verschmelzen. In dieser Angelegenheit fand vor einigen Tagen eine Berathung statt, an welcher die Vorstände sämtlicher obengenannter Vereine theilnahmen. Die Sitzung währte mehrere Stunden, ohne jedoch leider ein Ergebnis zu zeitigen. In der Diskussion traten private und persönliche Abneigung zu Tage. Viele Deputirten vergnügten sich damit, einander gegenseitig Vorwürfe wegen angeblicher Ehr- und Herrschsucht zu machen, anstatt über die Art und Weise sich zu äußern, wie dem Uebel abzuhelpen sei. Abgesehen davon, daß diese Form der Debatte die Hörer langweilte und Ekel erregte, wurde der Unfriede noch mehr entfacht und jede Verständigung im Keime erstickt.

Die Theilnehmer entfernten sich verbittert, ohne etwas beschlossen zu haben. Nicht einmal die einleitenden Arbeiten, zwecks Verwirklichung des Gedankens, die allzustarken Vereine zu verkleinern, wurden aufgenommen. Noch eine Sitzung soll bezüglich dieser Frage stattfinden. Es wäre zu wünschen, daß dabei etwas herauskäme, denn die überwiegende Zahl der Vereine bringt den Mitgliedern keinen Nutzen, sondern im Gegentheil Schaden. Dabei sei mir gestattet, die Aufmerksamkeit der maßgebenden Faktoren darauf zu lenken, daß in der Diskussion Mäßigkeit und Ueberlegung herrschen müssen, wenn die gemachten Anstrengungen von Erfolg gekrönt werden sollen. Tanz und Vergnügen, die manche Vereine häufig veranstalten, dürfen nicht in Pausch und Bogen verdammt werden. Die jungen Leute, — ein Faktor, mit dem man zu rechnen hat, — wollen das Vergnügen nicht entbehren, und daher ist es es besser, sie suchen dasselbe unter uns als unter Fremden.

Aus Nr. 263 der Nowa Reforma
vom 17. November 1893:

Oppeln, den 14. November.

Ich muß einige von Ihrem tüchtigen Korrespondenten neulich geäußerte Ansichten berichtigen. Im Namen des Rechts und des Gemeinwohls habe ich die Pflicht zu erklären, daß die gegen den Redakteur der Gazeta Opolka gerichteten Vorwürfe aus ungenügender Information über die örtlichen Verhältnisse entsprangen. Jeder unparteiische und gerechtigkeitsliebende Mensch muß nämlich anerkennen, daß die Redakteure der Gazeta Opolka und der Nowiny Raciborskie die hervorragendsten Pioniere der polnisch-nationalen Volksbewegung in Oberschlesien sind, und daß wir ihrer bedeutenden und opferbereiten Arbeit die ungeheuren

Fortschritte verdanken, die die nationale Idee hier zu Lande Schritt vor Schritt macht. Diese Thatsache ist unwiderlegbar, das wird Niemand bestreiten, der die ober-schlesischen Verhältnisse hinreichend kennt. Ich kenne die mühevollen und zeitraubende Thätigkeit der beiden genannten Redakteure sehr genau und kann mit dem am meisten dabei interessirten ober-schlesischen Volke auf mein Gewissen bezeugen, daß die Verdienste dieser beiden Männer um die Hebung des polnischen Nationalbewußtseins in Oberschlesien unbestritten sind. Die Wahl des Majors Szmulka in Oppeln und die Niederlage des Centrums in Ratibor — das sind zwei Blätter im Ruhmeskranze der beiden wackeren Männer.

Das Ergebnis der eben beendeten Wahlen ist für Oberschlesien sehr charakteristisch. Wie ich vor den Wahlen bemerkte, gebührte dem Centrum eine Lehre für sein polenfeindliches Verhalten. Das ist eingetroffen, indem gegen den Willen des schlesischen Centrums der wackere seitens desselben auf die Prospektionsliste der großpolnischen Agitatoren gesetzte Major Szmulka gewählt wurde. Dazu kam, daß das Centrum die beiden Mandate im Kreise Ratibor einbüßen mußte, wenn es uns auch nicht gelang, unsere Kandidaten durchzubringen. Das Centrum schloß in diesem Wahlkreise ein Kompromiß mit den Konservativen, um nur die Wahl der Unrigen zu verhindern. Diese Bundesgenossen, welche mit Hilfe der katholischen Geistlichkeit eine Mehrheit an Wahlmännern gewannen, sagten zum Dank dafür dem Centrum die Freundschaft auf und wählten zwei der Ihrigen. Auch in unserm Wahlkreise zogen es deutsch-katholische Wähler vor, lieber den deutschen Beamten als Major Szmulka zu wählen, der infolge dessen mit nur vier Stimmen Mehrheit siegte. Dieser Erfolg ist fast ausschließlich den polnischen Wählern zu verdanken, da nur fünf Wahlmänner für Szmulka stimmten. Oppeln rettete für dies Mal die Ehre Oberschlesiens, da Beuthen sich nicht hervorthat, wo Dank der Unentschlossenheit des Katolik Graf Ballestrem gewählt wurde, jener Herr, der das bekannte Rezept vom „Aufsmau-schlagen“ erfan-d und der in keinem Falle die Stimmen der Polen hätte erhalten dürfen. Die Wähler-schaft sträubte sich zwar dagegen, that jedoch schließlich dem Katolik den Willen, der hier, offen gesagt, wenig Muth bewies. Dies Blatt ist das Orakel der Polen im Kreise Beuthen und Graf Ballestrem ist Abgeordneter „von des Katoliks Gnaden“, da die Wähler aus ihrer Abneigung gegen diesen Kandidaten kein Hehl machten. Darum erschien auch dieser Magnat, um sich in letzter Stunde das Mandat zu sichern und sein Vergehen wieder gut zu machen, in der letzten polnischen Wähler-versammlung und gab das feierliche Versprechen ab, er werde von jetzt an die sprachlichen Rechte der Polen schützen und die Wiedereinführung des Polnischen in die Schulen und den Gerichtssaal fordern. Er gedachte hierbei des Umstandes, daß er einst längere Zeit in Galizien gewohnt und sich dort das Polnische so gut angeeignet habe, daß man ihn für einen Polen hielt. Mit solchen Mitteln errang sich der einstige Centrumsführer Dank der Unentschlossenheit des Redakteurs des Katolik die polnischen Stimmen und damit das Mandat. Hoffen wir, daß er von jetzt an nicht mehr in soldatischer Manier den großpolnischen Agitatoren das „Aufsmau-schlagen“ anbieten werde.

Sei es, wie es sei, — die Wahlen haben gezeigt, daß das Centrum bei uns nur dann eine Zukunft hat, wenn es sich den Forderungen der Polen gegenüber geneigt zeigt und deren Interessen nicht zuwider handelt. Der Verlust zweier Mandate im Kreise Ratibor und der Sieg des Majors Szmulka in Oppeln, sind für das Centrum so deutliche Fingerzeige, daß es sich auf dem Irrwege befinde, daß zu erwarten steht, es werde in Zukunft die ober-schlesischen Polen nicht mehr für bequemes und stummes Stimmvieh halten.

Aus Nr. 266 der Nowa Reforma
vom 21. November 1893:

Ungleiches Maß.

Unsere Presse beschwert sich fortwährend über das ungleiche Maß, welches im Vergleich zu den deutschen Beamten den polnischen Beamten gegenüber zur Anwendung kommt. Vor Kurzem ertheilte der Kultusminister einem Gymnasiallehrer einen Verweis dafür, weil er einen antisemitischen Wahlausruf unterschrieb, indem er ihm zum Vorwurf machte, daß die jüdischen Eltern, welche ihre Kinder in die Schule schicken, das Vertrauen zu der Unparteilichkeit und Gerechtigkeit des unterzeichneten Lehrers verlieren könnten.

Möchte doch der Herr Minister seinen zahlreichen übrigen Untergebenen in den polnischen Antheilen gegenüber ebenso unparteiisch sein und wir werden ihm für solche Erlasse sehr dankbar sein, denn wir würden dann erst an seine Unparteilichkeit ernstlich glauben können. Was geschieht indeß bei uns in dieser Beziehung? Gerade die Schule ist bei uns das Feld zu allerlei politischen Versuchen und die Herren Pädagogen beschäftigen sich mit Allem, nur nicht mit der rationellen Pädagogik. In dem antipolnischen Kampfe betrachten sich Alle, von dem elenden deutschen Elementarlehrer an, bis zu den höchsten Schulrathen, welche bei den Regierungen in Posen, Bromberg, Marienwerder, Danzig und Oppeln beschäftigt sind, als Vorkämpfer des deutschen Gedankens. Alle unterschreiben nicht nur die antipolnischen Aufrufe und nehmen einen hervorragenden Antheil am Wahlkampf, sondern beschäftigen sich sogar während ihrer amtlichen Thätigkeit anstatt mit der Pädagogik, mit Politik, verfolgen die polnischen Kinder für den gesetzwidrigen Gebrauch der Muttersprache, sprechen den polnischen Kindern ihre Nationalität ab, zeigen ihre polnischen Amtsgenossen wegen unberechtigter polnischer Agitation an, kurz, sie beschäftigen sich im wahren Sinne des Wortes mit der Agitation, welche soeben der Herr Minister verurtheilte, als dieselbe nicht gegen die Polen, sondern gegen die Juden gerichtet war.

Der Herr Minister hat anscheinend in seiner Fürsorge für die jüdische Bevölkerung vergessen, daß die polnischen, ihre Kinder in die Schule schickenden Eltern bereits das Vertrauen zu der Unparteilichkeit und Gerechtigkeit der Lehrer ihrer Kinder verloren haben, und daß deshalb bei uns das elterliche Haus ein tiefer Abgrund des Unwillens und sogar des

Hasses von der Schule trennt, welcher nicht eher wieder ausgeglichen wird, bis eine Verordnung erlassen wird, welche die antipolnische Thätigkeit der deutschen Herren Pädagogen verurtheilt, ähnlich wie unlängst eine derartige Thätigkeit verurtheilt worden ist, als es sich um die Juden handelte. Wenn nun schon die Berliner Behörden eine so weitgehende politische Freiheit ihren Untergebenen in den polnischen Gegenden gewähren, so mögen sie wenigstens dasselbe Recht den polnischen Gymnasial- und Elementarlehrern einräumen und sie nicht im Disziplinarwege verfolgen, wenn sie ihrer Bürgerpflicht nachkommen. Indes werden bei uns die polnischen Lehrer nicht für irgend welche hervorragende Agitation, sondern für die einfache Erfüllung ihrer Bürgerpflichten verfolgt! Wie viele von ihnen müssen nicht für dieses „Verbrechen“ ihr Brod in der Fremde verzehren, wie viele sind nicht im Avancement zurückgesetzt worden? Es ist soweit gekommen, daß es unseren Lehrern nicht erlaubt ist, irgend einem polnischen Verein anzugehören und sie werden sogar bestraft, wenn sie Mitglieder polnischer menschenfreundlicher (philantropischer) Vereine sind. Ein achtbarer Professor, welcher zwanzig Jahre lang Schriftführer des Vereins zur Unterstützung der lernenden Jugend war, wurde unter Androhung seiner Entlassung aus dem Dienst gezwungen, dieses bürgerliche Amt niederzulegen. Dagegen befehlen die deutschen Vorgesetzten den Lehrern, verschiedenen deutschen Vereinen anzugehören, so daß unsere Lehrer in politischer Beziehung die unglücklichsten Menschen sind. Ebenso geht es allen anderen polnischen Beamten. Jeder fürchtet sich vor seinem eigenen Schatten, während die deutschen Herren Beamten bequem die Rolle deutscher Patrioten spielen und dafür viel Geld und Orden erhalten. Jeder Landrath fühlt sich bei uns als ein kleiner Gurko und ist in seinem Kreise ein Pionier des Deutschtums. Mögen die Herren Kultusminister und Minister des Innern sich einmal diese anormalen Zustände bei uns ansehen, mögen sie dafür sorgen, daß die Beamten nur Beamten und nicht Politiker sind und daß die Schule bei uns eine Erziehungsanstalt und kein Verdummungsinstitut für polnische Kinder zu politischen Zwecken ist und dann erst werden wir bereit sein, an das Bestehen des „neuen Kurses“ zu glauben. Bis jetzt sehen wir nur den alten Bismarck'schen Kurs.

Redigirt von Portaſzewicz, Königl. Polizei-Inspektor.

Königlicher Polizei-Präsident

von Nathusius.

